WP-4-601 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: Regina W. Câmara (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu WP-4

Von Zeile 600 bis 601 einfügen:
Fachjurys und Findungskommissionen – sowie durch transparente Ausschreibungsverfahren, vor allem bei der Besetzung von Spitzenpositionen großer Kulturinstitutionen.

Wir setzen uns für diverse, fachlich kompetente Jurys mit einem verbindlichen Rotationssystem ein, um die dauerhafte Konzentration von Juryfunktionen auf wenige Personen zu vermeiden. Außerdem sollten Inhaber*innen von Chefposten im Kulturbereich nicht noch zusätzlich in Jurys berufen werden können. Zudem sollte regelmäßig überprüft werden, ob institutionelle Förderungen außerhalb von Ausschreibungen und Förderprogrammen gerechtfertigt sind. Bei Förderentscheiden für die freie Szene ist sicherzustellen, dass bereits institutionell geförderte Einrichtungen keine zusätzlichen Mittel aus diesen Töpfen erhalten - außer, sie stellen ihre Ressourcen kostenfrei für freie Projekte zur Verfügung.

Der Musikbereich sollte den Dialog mit den Streamingdiensten in Berlin suchen. Eine im Auftrag der ehemaligen Kulturstaatsministerin Claudia Roth 2025 veröffentlichte Studie weist auf die unzureichende Beteiligung der Streaming-Dienste an der Wertschöpfung der Musikkultur hin und betont den Bedarf neuer Förderstrukturen. Streaming-Dienste profitieren bislang einseitig von den Leistungen der Künstler*innen. Ein Beitrag der Plattformen zu einem Förderfonds könnte diese Schieflage abmildern. Unabhängig vom Bund sollte auch das Land Berlin Gespräche aufnehmen und rechtliche Handlungsspielräume prüfen.

Streamingdienste stehen in engem Zusammenhang mit der GEMA. Durch die Digitalisierung hat sich die Wertschöpfung im Musiksektor grundlegend verschoben. Rund 75% der Musiknutzung entfallen auf Streaming, dennoch stammen nur etwas 23% der GEMA Einnahmen aus diesem Bereich. Gleichzeitig verstärkt die GEMA den Kostendruck auf Clubs, kleine Spielstätten und ehrenamtlich organisierte Vereine, die oft kaum kommerziell arbeiten. Intransparente Kommunikation und unübersichtliche Verwaltungsvorgänge erschweren die Zusammenarbeit mit der GEMA enorm. Von den Ausschüttungen profitieren im Übrigen nur wenige Musiker*innen - aufgrund des internen Verteilungsschlüssels der GEMA vor allem die kommerziell Tätigen. Etliche stehen bei der GEMA sogar im Minus. Da die GEMA in Berlin jährlich Einnahmen im zweistelligen Millionenbereich erzielt, braucht die Berliner Musikszene einen GEMA-Beauftragten, der oder die Probleme systematisch sammelt, dokumentiert und gemeinsam mit den Beteiligten lösungsorientierte Ansätze entwickelt und der oder die vom Abgeordnetenhaus benannt wird.

Begründung

Der Kulturteil könnte meines Erachtens in einigen Punkten noch etwas präziser werden. Meine Expertise liegt vor allem im Musikbereich. Die Studie von Claudia Roth, die ich zitiere, ist: Studie zur Zukunft der Musikförderung in Deutschland, Februar 2025. Der Teil zur "Diskrimination" ist im Verhältnis zum Kulturteil sehr viel detaillierter, da besteht irgendwie ein Ungleichgewicht, finde ich.

Unterstützer*innen

Mika Nyke Lou Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Grit Menzzer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Manuel Schreibauer (KV Berlin-Pankow); Anna von Polheim (KV Berlin-Pankow)